

## Zur Regelung der römischen Personennamenführung

Unlängst hat Prof. K. Visky einen sehr gründlichen und — soweit es der Verfasser dieses Beitrages beurteilen kann — in allen Beziehungen stichhaltigen Aufsatz veröffentlicht über die Wichtigkeit der römischen Personennamenführung.<sup>1</sup> In seinen Erörterungen hat er mit zahlreichen Quellenangaben — gegen die Auffassung von M. Kaser — bewiesen, dass das römische Recht die Frage der Namenführung doch geregelt hat.

Zu diese Feststellung hat bis jetzt seitens der kompetenten Romanisten niemand Stellung genommen. Im Nachstehenden möchten wir zu diesem Fragenkomplex eine kleine Ergänzung beizutragen. Die juristische Regelung der Personennamenführung bzw. die Vergeltung der damit zusammenhängende Missbräuche beschäftigte nämlich die römische Gesetzgebung meines Wissens schon in der Zeit der Republik, also nicht erst seit der frühen Kaiserzeit.

Man ist heute vom Kindesalter an mit einer Reihe verschiedener Bescheinigungen ausgestattet, mit denen man unter anderem seine Identität beweisen kann. So ist es heute für einem Alltagsmenschen einfach unvorstellbar, von wie grosser Wichtigkeit es im alten Rom — wo solche Ausweise niemandem zu Verfügung standen — für jemand war, welchen Namen er führt.

In der Zeit der frühromischen Dorfgemeinschaft, als sich das spezifische System der römischen Namengebung ausgestaltete,<sup>2</sup> waren praktisch fast alle Personen ihrer Umgebung wohlbekannt. Unter solchen Umständen gab es für jemand kaum eine Möglichkeit, mit seiner Namenführung — die als Beweis seiner Identität diente — Missbrauch zu treiben.

Sowie aber das Gebiet des römischen Staates sich mehr und mehr ausgedehnt hatte, um so mehr nahm die Bedeutung der Versicherung der Befugnis der Namenführung zu.<sup>3</sup> Das ist schon darum verständlich, weil die Führung eines römischen Namens zugleich die Zugehörigkeit zu einer römischen Gens bezeichnete. Damit war eigentlich bewiesen, dass der Betreffende ein römischer Bürger ist. Das Gewicht des Bürgerrechts unter den Be-

<sup>1</sup> Die Personennamen in der Welt des römischen Rechts (ung.). Antik Tanulmányok — Studia Antiqua 28 (1981) 191—203.

<sup>2</sup> Cf. G. Alföldi: Bürgerrecht und Namengebung (ung.); ebda 11 (1964) 254—261. A. Mócsy: Über dem Name des römischen Bürgers (ung.); ebda 12 (1965) 39—45.

<sup>3</sup> Zur Frage des Schutzes der Personalität aus anderen Gesichtspunkt s. ausführlich E. Pólay: Zur Geschichte des zivilrechtlichen Schutzes der Personalität. Iniuriatbestände im römischen Recht. (ung. mit dt. Zusammenfassung). Acta Jur. et Pol. Szeged Tom. XXX. Fasc 4. Szeged 1983, 112 S.

<sup>4</sup> S. G. Rotondi: Leges publicae populi Romani. Milano 1912 (= Hildesheim 1962), 356—357.

wohnern des Römerreiches war aber fallweise recht erheblich. Doch auch im Rahmen der römischen Bürgergemeinde konnte man dadurch unrechtmässige Vorteile erworben, wenn man sich als Mitglied einer anderen Gens oder Familie bezeichnete. So ist es verständlich, dass mit der Zeit diesbezügliche Missbräuche bzw. Missbrauchsversuche bedeutend zugenommen hatten.

Dieses Vergehen wurde aber schon in der Zeit der Republik juristisch geahndet, da nämlich die unrechtmässige, unredliche Namenführung gesetzlich verfolgt wurde.

Als solch ein Gesetz gilt die *lex Cornelia de falsis (seu testamentaria nummaria)*,<sup>4</sup> die Sulla im J. 81. v.u.Z. gab, wodurch alle Fälschungen, vor allem die von Testamenten und Geldmünzen mit Strafe verfolgt wurden. Von dem diesbezüglichen Anordnungen des genannten Gesetzes ist die folgende anzuführen: *qui sibi falsum nomen inposuerit parantesve finxerit, quo quid alienum interciperet, caperet, possideret, poena legis Cornelia de falsis coercetur*.<sup>5</sup>

Aufgrund einer Bemerkung von Cicero ist anzunehmen, dass das Gesetz — mindestens zum Teil — nicht neu konzipiert war, sondern frühere Bestimmungen verstärkt und präzisiert hat: *Cornelia testamentaria nummaria ceterae complures, in quibus non ius aliquod novum populo constituitur, sed sancitur ut quod semper malum facinus fuerit, eius quaestio ad populum pertinet ex certo tempore* (II in Verr. I 108).

Die obigen Ergänzungen verstärken die These, dass das römische Recht die Namenführung, den damit zusammenhängende Schutz der Personalität und die Ahndung des unredlichen Missbrauches der Namenführung mindestens seit der Zeit Sullas, aber vermutlich schon früher geregelt hat.

<sup>5</sup> Paulus, *Sent.* 5,25,1. Vgl. (Papin.) D. 48.10.13: *Falsi nominis adseveratio poena legis coercetur*. S. noch E. Maróti: *Fontes Latini minores III.* (Quellensammlung zur römischen Geschichte) Budapest 1966, 21. S. § 4,9.